

**5. VOLLVERSAMMLUNG DER
XIV. FUNKTIONSPERIODE DER AKOÖ**



Anton Pelinka:

***DIE ARBEITERKAMMERN ALS TEIL
DES „ÖSTERREICHISCHEN WEGES“.***

Johann Kalliauer:

***90 JAHRE AK – HERAUSFORDERUNGEN
FÜR DIE ZUKUNFT.***

17. Mai 2011

AK
Oberösterreich



Dr. Johann Kalliauer
Präsident der Arbeiterkammer
Oberösterreich.



Dr. Johann Kalliauer:

90 JAHRE ARBEITERKAMMER – HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE ZUKUNFT.

Die konstituierende Vollversammlung der Arbeiterkammer Oberösterreich jährte sich am 21. Mai 2011 zum 90. Mal.

Dieses Jubiläum ist eine gute Gelegenheit einen Blick zurück zu machen und so die Erfolgsgeschichte der Arbeiterkammer und der Sozialpartnerschaft in Österreich zu reflektieren. Dieses Jubiläum ist aber auch Auftrag und Herausforderung, kritisch über unsere Zukunft nachzudenken.

Die Arbeiterkammer des Jahres 2011 ist mit jener des Jahres 1921 kaum vergleichbar. Wenngleich die gesetzliche Aufgabenstellung annähernd die gleiche ist, so haben sich die Schwerpunkte der Kammerarbeit deutlich verschoben. In ihren Anfangsjahren und in den ersten Jahrzehnten war die Kammer in erster Linie Expertisen-Lieferant für die Gewerkschaften – heute würde man dazu „Think-Tank“ oder „Braintrust“ sagen. Die Vertretung und Beratung der einzelnen Mitglieder stand im Hintergrund. Heute wird die Arbeiterkammer in der Öffentlichkeit hauptsächlich durch die individuelle Interessenvertretung der Arbeitnehmer/-innen wahrgenommen. Beinahe 400.000 Beratungen im Jahr und 110 Millionen Euro Vertretungserfolge zeugen davon. Dennoch ist die Arbeiterkammer als „Braintrust“ für kollektive Interessenvertretung mehr denn je gefragt. Auch wenn das oft nicht so deutlich sichtbar wird.

Die AK genießt heute höchstes Vertrauen. Sowohl bei ihren Mitgliedern als auch in der Bevölkerung. Regelmäßig rangiert die Kammer in der Vertrauenswürdigkeit an erster Stelle der abgefragten Institutionen.

Diese sehr guten Werte sind aber kein Ruhepolster.

Ganz im Gegenteil: Sie sind Ansporn, noch mehr für die Arbeitnehmer/-innen zu tun, sie sind Motivation zu noch kritischerer Auseinandersetzung mit den Bedingungen des Arbeitslebens und Antrieb, das Dienstleistungsangebot noch besser zu gestalten.

Kurzum: Wir können, wollen und werden uns nicht zurücklehnen und uns auf den Lorbeeren und der Erfolgsgeschichte der AK ausruhen.

Der Festvortrag von Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka bei der letzten AK-Vollversammlung, den wir in dieser Broschüre veröffentlichen, ist ein guter Anstoß, einen kritischen Blick in die Zukunft zu werfen, und neben der Tagesarbeit zu schauen, in welche Richtung die Arbeiterkammer strategisch gehen wird.

Zehn Trends werden meiner Ansicht nach die Aktivitäten der Arbeiterkammern in Zukunft bestimmen:

1. Der Lohnanteil am Volkseinkommen sinkt kontinuierlich.

Die Schere zwischen Lohn- und Gewinneinkommen, zwischen Arm und Reich, zwischen Arbeit und Kapital klafft immer weiter auseinander.

2. Die Segmentierung der Arbeitnehmerschaft nimmt zu.

Die Arbeiterkammer hat schon vor vielen Jahren die drei Wahlkörper für die Vollversammlung - Angestellte, Arbeiter und Verkehrsbedienstete aufgehoben. Die Arbeitnehmerinteressenvertretungen haben sich die Vereinheitlichung des Arbeitnehmerbegriffs auf die Fahnen geheftet. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung geht aber in die entgegengesetzte Richtung: eine Vielzahl an zersplitterten Kleingruppen prägt mittlerweile die Arbeitnehmerschaft.

3. Die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse steigt rapide.

Das typische Arbeitsverhältnis der 50er- bis 80er-Jahre (fixer Arbeitsplatz, fixe Arbeitszeit, gewerkschaftliche Vertretung) weicht zunehmend dem „atypischen“, prekären Arbeitsverhältnis. Das Schlagwort von der „Flucht der Unternehmer aus dem Arbeitsrecht“ ist längst bittere Realität.

4. Großorganisationen verlieren an Bindungskraft.

Große Organisationen spüren eine wachsende Distanz der Menschen. Es wird ihnen immer weniger Problemlösungskompetenz zugeschrieben. Die Arbeiterkammern sind dabei heute eine Ausnahme. Wir hatten unsere Vertrauenskrise schon in den 80er und 90er Jahren.

5. Die negativen Folgen der Globalisierung sind bei den Menschen angekommen.

Die Globalisierung der Produktion wird für immer mehr Arbeitnehmer direkt spürbar. Nicht nur durch die Verlagerung von Arbeitsplätzen. Das Erdbeben in Japan hat Produktionsstätten in Europa und in USA still gelegt und damit offenbart, wie eng die Produktionsverflechtungen über Kontinente hinweg bereits sind. Besonders bedrohlich jedoch ist die Internationalisierung und zunehmende Dominanz des Spekulationskapitals. Staatliche Gelder, die für den Ausbau

von Altenheimen, Krankenhäusern, Eisenbahnen und Bildungseinrichtungen vorgesehen waren, mussten in den letzten Jahren für die durch Spekulation ruinierten Finanzinstitute ausgegeben werden.

6. Der Arbeitsdruck nimmt seit Jahrzehnten zu. Die gesundheitlichen Folgen spüren immer mehr Beschäftigte.

Eine der Hauptursachen für die rapide Zunahme der Gesundheitsausgaben ist der zunehmende Arbeitsdruck. Die Unternehmen behandeln ihre Beschäftigten immer mehr als Verbrauchsgut. Wenn die Leute ausgelaugt und fertig sind, werden sie einfach an das Sozialsystem weitergereicht.

7. Der Staat wird fast nur mehr von den Arbeitnehmer/-innen finanziert.

Die Staatsausgaben – Bildung, Soziales, Sicherheit, aber auch die ungeheuren Subventionen für die Landwirtschaft und erhebliche Teile der Privatwirtschaft – werden fast ausschließlich durch Steuern der kleinen Leute – Lohnsteuer und Mehrwertsteuer – gedeckt. Die Vermögenden tragen fast gar nichts zur Finanzierung der Staatsausgaben bei.

8. Die Gewerkschaften werden immer mehr zurückgedrängt.

In praktisch allen europäischen Ländern werden die Gewerkschaften zurückgedrängt und ausgebootet. Neoliberale Ideologien beherrschen die gesellschaftliche und wirtschaftliche Diskussion und damit auch die ökonomischen Entscheidungen.

9. Jugendliche (Arbeitnehmer/-innen) entwickeln völlig neue Lebensentwürfe.

Junge Menschen, vor allem jugendliche Arbeitnehmer/-innen, können mit den traditionellen politischen und gesellschaftlichen Strukturen wenig anfangen. Die Propaganda der Neoliberalen schürt bei den Jungen Ängste und fördert einen schrankenlosen Individualismus, dem sich viele nicht gewach-



sen fühlen. In der Kommunikation und der Information der nachwachsenden Generationen dominiert Unterhaltung und Oberflächlichkeit. Auch das wird eine Bedrohung der künftigen gesellschaftlichen Entwicklung.

10. Der Zusammenhang zwischen Politik und Alltagserfahrung geht verloren.

Menschen begreifen und erfahren Dienstleistungen von Großorganisationen wie Arbeiterkammer, AMS oder Gebietskrankenkasse nicht mehr als Ergebnis politischen Handelns, sondern als etwas völlig Selbstverständliches. Das macht die politische Legitimation der Kammer schwieriger.

Angesichts der Dimension der ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme, denen sich die Arbeitnehmerorganisationen und damit auch die Arbeiterkammern gegenüber sehen, verlässt manche der Mut. Ich glaube, dafür gibt es überhaupt keinen Grund. Wir neigen alle dazu, die Gegenwart zu überschätzen und vergessen oft, dass wir nur dann auf fester Grundlage nach vorne schauen können, wenn wir unsere Vergangenheit nicht vergessen. Die institutionellen, politischen und ökonomischen Probleme, mit denen sich die Arbeiterkammer vor 90

Jahren auseinander zu setzen hatte, waren ein Vielfaches dramatischer, als die Situation, der wir uns heute gegenüber sehen. Das Gleiche gilt für die lange Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Arbeiterkammer ist heute eine von ihren Mitgliedern geschätzte und in der breiten Öffentlichkeit anerkannte Einrichtung. Sie verfügt über einen hervorragenden Stab von Experten/-innen, die über hohe und weithin anerkannte Expertisen in allen Fragen des Arbeits- und auch des Konsumentenlebens verfügen. Wir haben engagierte Funktionäre/-innen, die in der Vollversammlung und im Vorstand die großen Linien der Politik der Arbeiterkammer bestimmen und große Bereiche der unselbständig Erwerbstätigen in unserem Land erfolgreich repräsentieren.

Trotzdem wird es großer Kraftanstrengungen bedürfen, die vor uns liegenden Herausforderungen zu bewältigen. Vor allem müssen wir den kontinuierlichen Prozess der Veränderung und der Anpassung unserer Organisationen an die ökonomischen gesellschaftlichen Entwicklungen beschleunigen, damit wir zu den Fragen von heute auch die überzeugenden Antworten finden. Dass uns das gelingt, davon bin ich überzeugt.

Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka:

DIE ARBEITERKAMMERN ALS TEIL DES „ÖSTERREICHISCHEN WEGES“

17. Mai 2011



Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka ist seit September 2006 Professor für Politikwissenschaft und Nationalismusstudien an der englischsprachigen Central European University in Budapest. Davor war er seit 1975 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck, davon mehrere Jahre auch als Dekan (zuletzt 2004 bis 2006 Dekan der Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie).

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst danke ich sehr herzlich für die mich ehrende Einladung, vor dem Parlament der oberösterreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sprechen. Diese Einladung ist auch eine Einladung in ein Haus, das einmal eine besonders wichtige Rolle in der Geschichte der Arbeiterkammer gespielt hat: Im September 1950 wurde dieses Haus von Arbeitern, von Betriebsräten besetzt, vor allem von oberösterreichischen Betriebsräten des Verbandes der Unabhängigen und der Kommunisten. Der Arbeiterkammerpräsident wurde unter Gewaltdrohung zu einem Scheinrücktritt gezwungen. Das Ganze ist deswegen ein wichtiges Ereignis, weil diese - im Einzelfall durchaus verständlichen - Proteste gegen das 4. Lohn-Preis-Abkommen ja auch Proteste gegen den sich abzeichnenden „österreichischen Weg“ der Sozialpartnerschaft waren. Diese – noch einmal - verständlichen Proteste waren aber auch rückblickend und objektiv gesehen der Versuch, diesen „österreichischen Weg“ noch zu verhindern.

Ich werde in meinem Vortrag zunächst mich mit der Erfolgsgeschichte der Arbeiterkammern beschäftigen und danach kritische Fragen betreffend die Zukunft der Kammern stellen.

DIE ARBEITERKAMMERN ALS TEIL EINER ERFOLGS- GESCHICHTE

Die Entwicklung der Zweiten Republik ist eine Erfolgsgeschichte. Nach dem Zusammenbruch der Ersten Republik, dem Bürgerkrieg des Jahres 1934 und der autoritären Diktatur, nach der totalitären Herrschaft des Nationalsozialismus, dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust entwickelte sich Österreich vor diesem so ganz und gar nicht zum Optimismus Anlass

gebenden Hintergrund zu einer stabilen Demokratie, die breiten Wohlstand und soziale Sicherheit zu garantieren in der Lage ist.

Neben internationalen Faktoren, wie Marshall-Plan und europäische Integration, ist für diese Erfolgsbilanz auch eine bestimmte politische Kultur, ein bestimmtes System verantwortlich: die österreichische Konsensdemokratie. Sie war in der Nachkriegszeit als Versöhnungsprogramm geplant, als Aussöhnung zwischen den beiden politisch weltanschaulichen Lagern, die im Bürgerkrieg des Februar 1934 einander gegenüber gestanden waren. Die Zweite Republik war die Antithese zu dem, was das Ende der Ersten Republik verursacht hatte, die Zweite Republik war die Antithese zum Mangel an Kompromissbereitschaft.

Die Konsensrepublik, die ab 1945 zum Markenzeichen der Republik werden sollte, war Ausdruck der Bereitschaft zur Machtteilung, war die Folge dessen, dass die politischen Eliten des sozialistischen und des katholisch-konservativen Lagers aus der – aus ihrer – Vergangenheit gelernt hatten. Politik wurde nicht mehr als ein Kampf zwischen den Mächten des Lichtes und denen der Finsternis begriffen, zwischen Weiß und Schwarz, sondern als ein Wettbewerb zwischen Grautönen. Wer immer sich an diesem Wettbewerb beteiligte, sollte die Garantie haben, nie, nie mehr wieder vollständig an den Rand, das heißt in die Illegalität gedrängt zu werden.

Die Instrumente dieser Konsensdemokratie waren die Große Koalition und über die Dauer der Großen Koalition hinaus die Sozialpartnerschaft. Letztere war die eigentliche Neuerung der Zweiten Republik. Arbeit und Kapital vernetzten sich in Form der Lohn-Preis-Abkommen von 1947 bis 1951 und schließlich ab 1957 in der Paritätischen Kommission für Lohn-

und Preisfragen. Die Sozialpartnerschaft war keine, sie ist keine Nebenregierung, sie war und ist aber die im Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik dominierende Variation der Konsensdemokratie.

Dass die Kammern für Arbeiter und Angestellte von Anfang an eine der vier Säulen der Sozialpartnerschaft wurden und bis heute sind, das macht die Arbeiterkammern zu einem der Gründer, zu einer Gründerin der Sozialpartnerschaft und damit des „österreichischen Weges“.

Die Arbeiterkammern selbst waren ja schon am Beginn der Ersten Republik geschaffen worden, eben vor 90 Jahren. Die Gründung der Arbeiterkammern drückte 1921 etwas aus, was die Voraussetzung jeder Form von Sozialpartnerschaft ausmacht, die Anerkennung und die Wünschbarkeit eines Gleichgewichtes. Die Handelskammern hatte es schon vor 1914 gegeben, sie sind ein Produkt des Jahres 1848. Die Arbeiterkammern waren der Versuch, den Handelskammern ein Gleich- und Gegengewicht gegenüber zu stellen. Die Arbeiterkammern sollten mithelfen, die Erste Republik zu stabilisieren. Diese Versuche sind, wie wir wissen, nicht gelungen. Die erste Große Koalition der Geschichte, die Provisorische Regierung Renner, scheiterte schon nach den ersten Wahlen zum Nationalrat.

Die Bemühungen, die Erste Republik zu stabilisieren, führten zu keinem Erfolg, die Große Koalition ging auseinander. Die Gründung der Arbeiterkammern zog nicht das nach sich, was mit einer gewissen Logik im Gleichgewichtsdanken angelegt gewesen wäre, führte nicht zu einer Bildung sozialpartnerschaftlicher Netze. Außenpolitische Entwicklungen, etwa der Aufstieg antidemokratischer Kräfte in Österreichs Nachbarschaft, und wirtschaftliche Faktoren, wie etwa die Weltwirtschaftskrise und die Massenarbeitslosigkeit, verhinderten eine Entwicklung, die erst nach 1945 möglich werden sollte.

Es waren aber auch interne Faktoren, die einer Stabilisierung der österreichischen Demokratie zunächst entgegenstanden. Die Christlichsozialen begannen, laut über die „wahre“ Demokratie nachzudenken, die nicht die Demokratie des Bundesverfassungsgesetzes von 1920 sein sollte und sich schließlich als autoritäre Diktatur entpuppte. Die Deutschnationalen

wurden vom Sog des Nationalsozialismus ergriffen und gingen im Nationalsozialismus auf. Die Sozialdemokraten, die zu den letzten Hütern der Republik und ihrer Verfassung wurden, provozierten sinnlos einen öffentlichen Diskurs über die „Diktatur der Proletariats“.

LERNEN AUS DER GESCHICHTE

Wie anders waren die Anfänge der Zweiten Republik. Wie sehr wurden nach 1945 die großen, idealen, utopischen Entwürfe einer perfekten Gesellschaft hintan gestellt, und ein zupackender Pragmatismus trat in den Vordergrund. Das Erstaunliche war, dass das Führungspersonal der beiden diese Entwicklung repräsentierenden Kräfte dasselbe war, das den Untergang der Ersten Republik selbst betrieben hatte oder zumindest nicht hatte verhindern können.

Karl Renner, der schon 1907 in den österreichischen „Reichsrat“ gewählt wurde, der zwischen 1918 und 1920 der ersten republikanischen Regierung vorstand und 1933 der letzte Präsident des frei gewählten Nationalrates war, wurde 1945 zu einer Schlüsselfigur des Neuanfanges.

Julius Raab, ebenfalls Mitglied des 1930 gewählten Nationalrates, Führer der niederösterreichischen Heimwehren und mit beteiligt am Korneuburger Eid, der 1930 das Ende der parlamentarischen Demokratie forderte, der auch 1938 noch Handelsminister der letzten Regierung Kurt Schuschnigg war, wurde nach 1945 zum Ersten Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer, dann zum ÖVP-Bundesparteiobermann und Bundeskanzler.

Raab personifizierte gemeinsam mit Johann Böhm, dessen Wurzeln in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung weit in die Monarchie zurückreichten, die ersten Schritte in Richtung Sozialpartnerschaft.

Der „österreichische Weg“ bestand darin, dass Personen, die in den 1920er und 1930er Jahren in ihrer politischen Führungsrolle nicht in der Lage waren, den Untergang der Demokratie zu verhindern, ja ihn

teilweise sogar mit herbeiführten, 1945 nun zu den Trägern dieser Demokratie werden konnten.

Aber „Gleichgewicht der Klassenkräfte“, ein Begriff, den Otto Bauer für die Anfänge der Ersten Republik und damit auch für die Gründung der Arbeiterkammern geprägt hat – und „Klassenkampf am Grünen Tisch“, eine Ansage, die Bruno Kreisky gelegentlich verwendet hat, alles das bedeutet, dass der soziale Friede, der das wichtigste Ergebnis des „österreichischen Weges“ war und ist, nicht als ein perfekter Endzustand zu sehen ist, in dem alle alles haben, was sie so gerne hätten. Einkommens- und Vermögensunterschiede bestehen in der Zweiten Republik weiter und werden seit etwa 1980 wieder deutlich größer. Die Arbeitslosigkeit ist zwar nach einer unmittelbar nach 1945 dramatischen Höhe ab 1950 deutlich zurückgegangen und ist seither unter dem Durchschnitt der OECD- beziehungsweise EU-Staaten, aber sie existiert nach wie vor.

Dass eine Balance zwischen Arbeit und Kapital kein Idealzustand, sondern das kleinste aller möglichen Übel ist, daran erinnern immer wieder die Arbeiterkammern durch Studien über Verteilungsgerechtigkeit, durch systematische Hinweise auf ungleiche gesellschaftliche Startbedingungen im Bildungsbereich, durch Rechtsschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, durch die Artikulation der Interessen aller Konsumentinnen und Konsumenten. „Klassenkampf am Grünen Tisch“ bedeutet zwar sozialer Friede, aber eben nicht die Aufhebung der Gegensätze der Interessen, auch nicht der des Kapitals und der Arbeit.

Es fällt auf, dass die Zweite Republik die selbe Verfassung hat wie die Erste, dass die Gründer der Zweiten Republik auch die der Ersten Republik waren – Sozialdemokratie und politischer Katholizismus, dass die Personen die selben blieben, und dass dennoch die Zweite Republik eine so ganz andere Entwicklung nahm als die Erste. Das kann zwar auch, aber nicht nur mit den geänderten europäischen und internationalen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erklärt werden, das war und ist auch das Ergebnis einer bestimmten politischen Kultur, einer politischen Kultur des Kompromisses, einer politischen Kultur des Aushandelns statt des Auskämpfens, einer politischen Kultur, die den Wettbe-

werb nicht als Nullsummenspiel begreift, das einen eindeutigen Sieger und einen ebenso eindeutigen Verlierer haben muss, sondern darin, dass auch die Verlierer etwas vom Sieg und die Sieger etwas von der Niederlage zu spüren bekommen.

An dieser politischen Kultur der Zweiten Republik haben die Arbeiterkammern ganz erheblichen Anteil. Dass der Begriff des Klassenkampfes heute – wenn überhaupt verwendet – so ganz anders verstanden wird, dass die Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital so ganz anders stattfinden als vor drei Generationen, das ist auch das Ergebnis dessen, dass der Faktor Arbeit in Form der Arbeiterkammern einen ebenso starken wie berechenbaren, verlässlichen Vertreter hat, und dass diese Arbeiterkammern fest in das demokratische Gefüge der Zweiten Republik eingebettet sind. Ohne Arbeiterkammern keine erfolgreiche Zweite Republik, ohne Aufschwung der Demokratie der Zweiten Republik keine erfolgreichen Arbeiterkammern.

ARBEITERKAMMERN UND GEWERKSCHAFTSBUND

Die entscheidende Voraussetzung für die Rolle, die den Arbeiterkammern bei der Stabilisierung der österreichischen Demokratie ab 1945 zukommen sollte, war die grundsätzliche Funktions- und Rollenteilung mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund. Dieser, 1945 von den Vertretern der freien, das heißt sozialdemokratischen, der christlichen, das heißt, der ÖVP zurechenbaren, und der kommunistischen Gewerkschafter gegründet, war in seiner Überparteilichkeit ein Novum in der österreichischen Gewerkschaftsgeschichte, die bis dahin, zumindest bis 1934 bis zum Ende der Gewerkschaftsfreiheit, durch das Konkurrenzverhältnis der Richtungsgewerkschaften bestimmt worden war.



Arbeiterkammern und Gewerkschaftsbund entwickelten 1945 von Anfang an ein Verhältnis zueinander, das am besten als Arbeitsteilung plus Koordination bezeichnet werden kann. Dem ÖGB kam und kommt die Rolle des politisch Fordernden zu, von der Lohn- bis zur Sozialpolitik. Die Arbeiterkammern waren und sind der Teil, der das politische Erreichte umzusetzen und abzusichern hat und auch als „brain trust“, als Summe aller wissenschaftlich abgesicherten Expertisen, dem Gewerkschaftsbund eben dieses Expertenwissen zur Verfügung stellen kann.

Das Wort Victor Adlers aus der Frühzeit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung von den „siamesischen Zwillingen“ Partei und Gewerkschaft kann und muss für die Zweite Republik variiert werden. Arbeiterkammern und Gewerkschaftsbund sind siamesische Zwillinge, Institutionen mit eigener Identität und mit unterschiedlichen Aufgaben, Institutionen, die aber gesellschaftspolitisch synchron, das heißt, gemeinsam und abgestimmt agieren.

Die Rolle der Arbeiterkammern war von Anfang an auch im Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen deutlich, einer Einrichtung der Sozialpartnerschaft, die vor allem Expertenwissen den großen Verbänden, damit auch Arbeiterkammern und ÖGB, aber auch der Bundesregierung zur Verfügung zu stellen hat. Die Expertise der Arbeitnehmer/-innen-Seite in

Fragen des Arbeitsrechts oder der Ökonomie, aber auch der internationalen Entwicklungen kam und kommt vor allem aus den Arbeiterkammern.

Die Synchronisation zwischen Arbeiterkammern und ÖGB ist durch ein für die innere Demokratie der Arbeiterkammern zentrales Element sicher gestellt, durch die fraktionelle Gliederung der Kammern, wobei die Fraktionen, die durch die Ergebnisse der Kammerwahlen gewichtet werden und gleichzeitig mit den Fraktionen im ÖGB entweder offiziell wie im Fall der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen oder de facto, wie im Fall des ÖAAB beziehungsweise der Fraktion Christlicher Gewerkschafter, verflochten sind. Dadurch wird bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Aufgabenstellung ein grundsätzlicher Gleichklang zwischen Arbeiterkammern und ÖGB ermöglicht.

Anders als der ÖGB entwickelten die Arbeiterkammern jedoch einen ausgeprägten Föderalismus. Die neun Länderkammern erlauben – durchaus nicht im Widerspruch zur Bundeskammer – eine politische Flexibilität, die der gesamten Legitimation der Arbeiterkammer zugute kommt. Dass seit Jahrzehnten in zwei der neun Länderkammern nicht die bundesweit stärkste, sondern die zweitstärkste Fraktion die Mehrheit hat, ist als Vorteil zu sehen. Dadurch sichern sich die Arbeiterkammern eine Anpassungsfähigkeit an aktuelle politische Entwicklungstrends,

weil so Gruppierungen, die sich von einer stärker zentralistischen Struktur abgestoßen fühlen könnten, in die Arbeiterkammern insgesamt integriert werden.

Diese Kombination von Synchronisation und Autonomie im Verhältnis von Arbeiterkammern und Gewerkschaftsbund war und ist auch eine wichtige Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der Sozialpartnerschaft. Ein Konkurrenzverhältnis zwischen beiden Verbänden, die ja grundsätzlich dieselben Interessen vertreten, wäre kontraproduktiv. Arbeiterkammern und ÖGB würden dann gegeneinander um die Zustimmung der Mitglieder kämpfen – ein wichtiges Argument gegen die Aufgabe der gesetzlichen Mitgliedschaft in den Arbeiterkammern. Was vom Standpunkt der Demokratie vielleicht diskutable Vorteile hätte, wäre aus dem Gesichtspunkt der Funktionsfähigkeit der Sozialpartnerschaft und auch von der Perspektive der Durchsetzungsfähigkeit der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Nachteil: Zu leicht könnten Entscheidungen durch Reibungen zwischen den beiden Arbeitnehmerverbänden blockiert werden, und zu einfach wäre es dann, den einen gegen den anderen Arbeitnehmerverband auszuspielen.

So weit zu der ganz eindeutigen Erfolgsbilanz und den Voraussetzungen in den Rahmenbedingungen der Erfolge der Arbeiterkammern und der von den Arbeiterkammern mitgetragenen Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik – so weit zum „österreichischen Weg“.

Doch die Zukunft ist immer etwas anders als die Vergangenheit, und die Zukunft ist voll von Herausforderungen, auf die Antworten erst entwickelt werden müssen. Der „österreichische Weg“ war ein Erfolg. Diese Bilanz darf jedoch nicht die Sicht auf die wachsenden Probleme verstellen, die eine einfache Fortschreibung der bisherigen Strukturen nicht möglich machen. Die Arbeiterkammern sind, wie ja schon die Debatte über die gesetzliche Mitgliedschaft in den 1990er Jahren gezeigt hat, einem wachsenden Legitimationsdruck ausgesetzt. Das, was nach 1945 allgemein überzeugt hat, ist im 21. Jahrhundert zunehmend umstritten.

Dazu gehört, dass die beiden politischen Parteien, aus denen heraus die Sozialpartnerschaft entstan-

den ist und die zu Recht mit dem „österreichischen Weg“ identifiziert werden, dass also die Sozialdemokratie und die Volkspartei seit 30 Jahren kontinuierlich im Abstieg sind. Wählten noch 1979 etwa 90 Prozent aller Wahlberechtigten entweder die eine oder die andere der beiden damals noch wirklichen Großparteien, so ist diese Zustimmung 2008 bereits unter 50 Prozent gesunken. Die Mehrheit in Österreich bilden heute die Nichtwähler und die Wähler und Wählerinnen anderer Parteien. Das muss den Arbeiterkammern, die auf Fraktionen aufbauen, die mit den Parteien eng verflochten sind, mehr als zu denken geben.

Im Hintergrund des politischen Wandels wird ein gesellschaftlicher Wandel sichtbar, auf den die Arbeiterkammern zunehmend reagieren, für den sie passende Antworten finden müssen. Ich möchte nur drei, aber ich meine entscheidende, Merkmale dieses Wandels herausgreifen.

EIN NEUER ARBEITNEHMER-TYPUS

Der neue Typus der Arbeitnehmerin und des Arbeitnehmers. Ein solcher neuer Typus ersetzt zunehmend den alten, der von einer Bipolarität Arbeiter und Angestellte gekennzeichnet war. Immer mehr unselbständig Beschäftigte sind nicht mehr in größeren Betrieben beschäftigt. Gut ausgebildete junge Menschen können ihren Platz im traditionell strukturierten Arbeitsmarkt nur schwer finden und sind daher zunehmend frustriert. Das ist ein Zeichen dieses Wandels ebenso wie das weitgehende Ende großer Industrieunternehmungen, in denen tausende Arbeiter sich tagtäglich am selben Arbeitsplatz einfanden. Für die verschiedenen Varianten dieses neuen Typus von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern müssen die Arbeiterkammern verstärkt Funktionen entwickeln, müssen sie ihre Nützlichkeit unter Beweis stellen.

Die wachsende Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich sind sozialrechtlich Angestellte. Nun gibt es zwar sehr gute Gründe, die Differenz zwischen Arbeitern und Angestellten für überholt zu halten und einen einheitlichen Arbeitneh-

merbegriff durchsetzen zu wollen. Was aber politisch möglich und rechtlich ohne Probleme vorstellbar ist, ändert nichts an der wachsenden Differenzierung innerhalb der Arbeitnehmerschaft. Wir sind mehr denn je von einem sozialen und vor allem auch sozialpsychologisch einheitlichen Arbeiterbegriff entfernt. Unselbständige Erwerbsarbeit schafft zwar Gemeinsamkeiten, aber diese werden immer mehr überschattet von den Unterschieden von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Dazu zählt, dass sich die Interessenlage immer weiter auseinander entwickelt zwischen denen, die in festen Arbeitsverhältnissen stehen und die eine relativ gut abgesicherte und berechenbare persönliche Zukunft haben, und denen, die in prekären Arbeitsverhältnissen die Erstgenannten nur beneiden können, die sie als Teil einer „geschützten Werkstatt“ sehen. Dazu zählt auch die Differenz zwischen denen, die als Fremde, weil nicht im Besitz der Gleichberechtigung überhaupt erst ermöglichenden Staatsbürgerschaft oder EU-Bürgerschaft, deutlich schlechtere Startbedingungen am Arbeitsmarkt vorfinden, und den Inländern.

Dazu zählt die wachsende Kluft zwischen den Generationen, die sich auch gerade in der Debatte über die Pensionssicherung und die Lebensarbeitszeit ausdrückt.

Es kann nicht erwartet werden, dass die Arbeiterkammern auf die Herausforderung dieser wachsenden Ungleichheit innerhalb der Arbeitnehmerschaft eine Formel finden, ein perfektes Rezept, das auf alle diese Entwicklungen die jeweils richtige Antwort gibt. Es kann und muss aber möglich sein, dass die Arbeiterkammern zur politischen Bühne werden, auf der diese Herausforderungen thematisiert werden können, und dass die Arbeiterkammern nicht verwechselbar sein dürfen mit einer festen Burg, die die Rechte derjenigen verteidigt, die Aufnahme in diese Burg gefunden haben und die Arbeiterkammern jetzt als Instrument zur Verteidigung der sie eben schützenden „Werkstatt“ sehen.

Das alles macht die Zukunft der Arbeiterkammern besonders und zunehmend schwierig. Es mag sein, dass sich viele an die relative Klarheit der Begriffe und Interessen der Nachkriegszeit zurücksehnen, als noch von einem weitgehend einheitlichen Status

von Arbeiterinnen und Arbeitern, von Angestellten, von öffentlich Bediensteten ausgegangen werden konnte. Das ist heute nicht mehr möglich und wird auch in Zukunft nicht möglich sein.

Was die Arbeiterkammer aber tun können, das ist, sich offen für alle zu zeigen und gerade auch offen für diejenigen, die sich in der wachsenden Vielfalt der Widersprüche innerhalb der Arbeitnehmerschaft als zu kurz gekommen fühlen. Vielfalt der Widersprüche, das ist die Zukunft: Die Vielfalt der Jungen in präkaristischen Arbeitsverhältnissen, die Vielfalt der Dauerarbeitslosen, aber auch die Vielfalt derjenigen, die als Fremde punziert auf unserem Arbeitsmarkt nur unter einschränkenden Bedingungen Fuß fassen können.

KEIN ÖSTERREICHISCHER WEG MEHR

Die zweite Herausforderung ist, dass der „österreichische Weg“ in einer gewissen Hinsicht durch seine Erfolge auch an ein Ende gekommen ist. Der „österreichische Weg“, der die ersten Jahrzehnte nach 1945 bestimmt hat, ist in der bisherigen Form nicht fortsetzbar. Ökonomische Globalisierung und eine wachsende Internationalisierung der Politik, für die Österreichs EU-Mitgliedschaft nicht Ursache, aber Folge ist, macht es immer schwerer, die Politik durch einen Konsens zwischen den österreichischen Akteuren bestimmen zu wollen. Multinationale Unternehmungen, von denen einige auch ihren Sitz in Österreich haben – ich verweise nur auf die OMV –, sind durch Absprachen zwischen Arbeit und Kapital auf österreichischer Ebene allein ebenso wenig zu steuern wie die massenhaft globale Mobilität, sprich Migration, durch österreichische Politik allein zu beeinflussen wäre. Die Arbeiterkammern müssen sich mehr noch als bisher europäisch vernetzen.

Die Geschichte der Arbeiterkammern ist eng verbunden mit der Geschichte der Arbeiterbewegung. Die 1848 so wortgewaltig erhobene Forderung „Proletarier aller Länder vereinigt euch, ihr habt nichts zu verlieren als eure Ketten“, diese Forderung steht für eine Tradition des rhetorischen und des theoretischen Internationalismus, die in der Praxis aber nie

eingelöst wurde: 1914 nicht, als die auch das europäische Proletariat beherrschende Bewusstseinslage eine des Patriotismus, des Nationalismus war und nicht eine der internationalen Solidarität. Auch heute ist der für viele – auch für mich – grundsätzlich so sympathische, ethisch so richtige, moralisch so überzeugende Slogan von 1848 meilenweit von der Wirklichkeit entfernt. Es würde wenig Sinn machen, wenn die österreichischen Arbeiterkammern die Distanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit ignorierten.

Das hängt auch damit zusammen, dass die Arbeiter von heute erstens nur im geringen Umfang das sind, was 1848 und danach als Proletariat verstanden wurde; dass die Arbeiter, sofern sie sich überhaupt noch als Arbeiter fühlen, kaum so etwas wie einen „Arbeiterstolz“ haben, und dass sie vor allem heute viel mehr zu verlieren haben als ihre Ketten. Sie haben Urlaubs- und Pensionsansprüche zu verlieren, wahrscheinlich ein Auto und vielleicht ein Eigenheim. Das sehen sie zunehmend gefährdet, vor allem von einer Entwicklung, die Grenzen aufhebt, von einer Globalisierung, die dem Kapital immer ungestörter

Zugang zu allen Märkten der Welt erlaubt, von einer sozialen Beweglichkeit, die immer mehr Menschen in aller Welt veranlasst, sich in die relativ wohlhabenden Regionen, wie etwa Europa, aufzumachen und dort Arbeit und Sicherheit zu suchen.

Genau das provoziert die Abwehrreaktionen eines großen Teils der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Ländern wie Österreich. Sie befürchten aus verständlichen Gründen Lohn- und Sozialdumping, und sie wenden sich mehr denn je von der programmatischen, von der rhetorischen Internationalität ab. Das ist ja der Hintergrund der Erfolge von Parteien, wie etwa „Wahre Finnen“, der niederländischen „Freiheitspartei“, auch der „Dänischen Volkspartei“ und der österreichischen FPÖ.

Es ist ein Paradoxon. Der Internationalismus der Arbeiterbewegung lebt noch im Liedgut dieser Bewegung und in den historischen Analysen fort, lebendig scheint er aber nicht zu sein. Lebendig ist der Internationalismus des Kapitals, und lebendig ist er bei den Menschen in den armen Regionen der Welt, die



von einem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Standard, wie er etwa in Österreich herrscht, nur träumen können, und die ihn aber auch gelegentlich zu erreichen versuchen, indem sie sich auf den Weg nach Europa machen.

Diese Entwicklung macht den Arbeiterkammern Probleme. Es gilt daher, dem internationalen Kapital, dieser Internationale des Kapitals die Internationale der Arbeit, die Internationalisierung des Faktors Arbeit entgegenzustellen. Das ist natürlich weder leicht noch rasch getan, aber aufzuzeigen, dass der Rückzug in vermeintliche nationale Idyllen der falsche Weg ist, gerade auch aus der Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das ist Aufgabe der Arbeiterkammern.

Diese zu beobachtenden anti-internationalistischen und auch anti-europäischen Reaktionen innerhalb der Arbeitnehmerschaft auch in Österreich, fordern heraus. Das fordert die Arbeiterkammern heraus, eine Politik zu entwickeln, die über eine bloße Defensivhaltung hinausgeht. So verständlich es auch war, dass die Arbeiterkammern zu den vordersten Befürwortern der Sperre des österreichischen Arbeitsmarktes für die neuen EU-Mitglieder bis Ende April 2011 waren, so wenig ausreichend wäre es, es dabei zu belassen.

Was die Arbeiterkammern brauchen, das ist eine offensive Strategie der Einbindung derer, die nach Österreich kommen, die schon in Österreich sind. Was die Arbeiterkammern mehr denn je brauchen, das ist eine Politik der Integration und der Öffnung in politischer und sozialer Hinsicht. Sonst entsteht gerade das, was den Status der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich besonders gefährdet, eine industrielle Ersatzarmee, die außer- und unterhalb der Schutzzone des Sozialstaates existiert und am Arbeitsmarkt de facto den Status, den die Arbeiterkammern gemeinsam mit den Gewerkschaften im Rahmen des „österreichischen Weges“ erkämpft haben, unterminiert.

Deshalb sollte das Motto der Arbeiterkammern sein, die Europäische Union nicht als neoliberales Feindbild zu begreifen und dieses zu pflegen, sondern als eine Politikebene, auf der ein europäisches Sozialstaatsmodell erarbeitet werden kann.

MEGATREND FEMINISIERUNG

Drittens und letztens: Das Thema der geschlechtlichen Ungleichheit. Es ist ein globaler Megatrend, ein Megatrend der Feminisierung, und dieser Megatrend hat auch Österreich und damit den österreichischen Arbeitsmarkt erfasst. Die Frauenerwerbsquote steigt konstant, und Frauen werden immer mehr zu Sprecherinnen ihrer eigenen, spezifisch weiblichen Angelegenheiten.

Diese Entwicklung betrifft zwar nicht nur, aber auch die Arbeiterkammern. Noch immer ist zu beobachten, dass das soziale Gesetz der Verflüchtigung dazu führt, dass in allen gesellschaftlichen Hierarchien der Frauenanteil „oben“ signifikant geringer ist als „unten“, auch in den Arbeiterkammern. Aus Eigeninteresse sollten die Arbeiterkammern daher alles tun, um der Gefahr zu entgehen, als Nachhut der Feminisierung zu erscheinen.

Die Hälfte der Menschheit ist weiblich. Die Geschichte der Arbeiterbewegung und damit auch die Geschichte der Arbeiterkammern waren aber von männlicher Dominanz bestimmt. Das war verständlich, galt doch auch im Proletariat zunächst die Formel von der Rollenteilung zwischen Frau und Mann. Die Arbeit und die Politik waren die Felder des Mannes, Familie und Erziehung die der Frau. Diese Rollenteilung stimmt schon lange nicht mehr, die Realität gesellschaftlicher Entwicklung weist eine immer deutlicher werdende Angleichung der wirtschaftlichen und sozialen und damit auch politischen Geschlechterrollen. Die Unterschiede zwischen Mann und Frau in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik nehmen ständig ab.

Die Arbeiterkammern haben dies erkannt - ich füge aber hinzu, verspätet erkannt -, und sie haben Konsequenzen daraus gezogen. Allerdings ist die Feminisierung der Arbeiterkammern noch immer so etwas wie ein Nachlaufen hinter einem gesellschaftlichen Trend und nicht das Vorauseilen auf ein Ziel hin, das sich schon klar abzeichnet, nämlich auf das Ziel der sozialen und wirtschaftlichen und politischen Gleichstellung, nicht bloß Gleichberechtigung, von Frauen und Männern. Das Bild, das sich in der politischen Realität zeigt, auch wenn es schwächer wird, ist: Die Arbeiterkammern und der ÖGB hinken der Feminisierung hinterher.

Es waren die Parteien, auch und gerade die Sozialdemokratie, aber auch die Österreichische Volkspartei und besonders auch die Grünen, die in der Feminisierung der Politik den Arbeiterkammern vorauseilten. Dass die Arbeiterkammern hier Avantgarde sein sollen, ergibt sich einmal daraus, dass die globale Entwicklung in diese Richtung weist, und dass es nur klug ist, das aktiv zu betreiben, was sich ohnehin nicht vermeiden lässt.

Aber mindestens ebenso wichtig ist die Einsicht, dass diese Gleichheit – nicht bloß Gleichberechtigung – zwischen den Geschlechtern sich ja auch aus den Grundwerten ergibt, denen die österreichische Demokratie und ganz besonders auch die Arbeiterkammern verpflichtet sind. Die Forcierung der Feminisierung ist strategisch richtig, und sie ist inhaltlich richtig.

Die Vergangenheit der Arbeiterkammern war eine vor allem männliche, sie war Ausdruck einer Gesellschaft von gestern. Die Gegenwart der Arbeiterkammern ist eine des Überganges, ist gekennzeichnet durch eine allmähliche, man kann auch sagen, vorsichtige Feminisierung. Diese Vorsicht mag auch damit zusammenhängen, dass in der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit es noch immer leichter erscheinen mag, Männer für politisches Engagement zu gewinnen als Frauen.

Die Zukunft wird aber denen gehören, die die seit Jahrzehnten beobachtbaren Entwicklungslinien gedanklich fortschreiben und eine verstärkte Präsenz der Frauen und eine verstärkte Sensibilität für Frauen auch als Vorwegnahme eines Zustandes sehen, der ohnehin mit oder ohne Arbeiterkammern eintreten wird.

Die Arbeiterkammern sind daher gut beraten, die Feminisierung nicht als ein Nachziehverfahren gleichsam Zähne knirschend hinzunehmen, sondern diese Feminisierung aktiv zu betreiben: im Interesse der notwendigen Anpassung an das, was morgen auch ohne Zutun der Arbeiterkammern sein wird, und im Interesse dessen, was schon immer zu den Grundprinzipien der Arbeiterbewegung gehört hat. Das ist die Ergänzung des politischen Freiheitspostulats durch das Postulat der sozialen Gleichheit, das heißt auch und vor allem der Gleichheit und nicht bloß Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern.

DIE HERAUSFORDERUNGEN DES 21. JAHRHUNDERTS

Die Arbeiterkammern sind gefordert, sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen. Das bedeutet, die grundlegenden Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Zeit des erfolgreichen „österreichischen Weges“ zu übernehmen und einen österreichischen Beitrag zu einem „europäischen Weg“, etwa zum Aufbau eines europäischen Sozialstaatsmodells, zu entwickeln; einen Weg, der soziale Balance, wirtschaftliche Dynamik und demokratische Qualität verbindet; einen Weg der europäischen Sozialpartnerschaft und der europäischen Demokratie.

Die Arbeiterkammern waren wesentlich an der Entwicklung von Republik und Demokratie beteiligt, an der Sicherung des sozialen Friedens in Verbindung mit Wirtschaftswachstum, an der Stabilisierung der Demokratie durch Machtteilung und Besitzstandsgarantien, mit einem Wort am Erfolgskurs des „österreichischen Weges“.

Doch es wäre fatal, sich nun bequem zurückzulehnen im Bewusstsein, dass noch nie die große Mehrheit der Menschen in Österreich mehr Grund hatten, mit den sozialen und politischen Verhältnissen zufrieden zu sein. Es wäre bedrohlich, die Methoden, mit denen die Erfolge der Zweiten Republik erreicht wurden, einfach nur fortsetzen zu wollen. Sicher, die Grundsätze des „österreichischen Weges“ können und sollen beibehalten werden, eine Orientierung an politischer Balance und an sozialem Gleichgewicht. Aber Österreich ist keine Insel und schon gar nicht eine Insel der Seligen. Österreich steht mehr denn je inmitten einer sich immer stärker globalisierenden Weltwirtschaft, ist immer stärker erfasst von gesellschaftlichen Megatrends, die sich nicht von einem Nationalstaat allein und schon gar nicht von einem kleinen steuern lassen.

Wozu die Arbeiterkammern beitragen können, das ist die Entwicklung eines „österreichischen Weges“ für die nächsten Jahrzehnte, tief hinein in das 21. Jahrhundert.

